Schweiz

SP und Grüne triumphieren auf der ganzen Linie

In der Stadt Zürich behaupten Links-Grün seine Mehrheit in der Regierung und erobern jene im Parlament.

Filippo Leutenegger (FDP) gratuliert der alten und neuen Stadtpräsidentin Corine Mauch (SP).

Überraschendes Ja für Transparenz

In den Kantonen Schwyz und Freiburg müssen die Parteien neu ihre Finanzen offenlegen.

Janine Hosp

Zu den grössten Überraschungen des Abstimmungswochenendes ist es in Schwyz und Freiburg gekommen. In beiden Kantonen wurden von Jungsozialisten lancierte Initiativen angenommen, die mehr Transparenz in der Politik verlangen. In Schwyz, einem Kanton, in dem die Sozialdemokraten nicht Teil der Regierung sind und im Parlament einer erdrückenden bürgerlichen Mehrheit gegenübersitzen, stimmte eine knappe Mehrheit von 50,28 Prozent für das Anliegen der Juso. Künftig müssen alle Parteien und Organisationen bei Wahlen und Abstimmungen offenlegen, wer sie mit grösseren Beträgen unterstützt. Im Kanton Freiburg nahm das Stimmvolk eine ähnliche Transparenz-Initiative der Juso und der Jungen Grünen gar mit 68,5 Prozent an.

Der Schwyzer Juso-Präsident Noah Beeler ist ob des Siegs selber überrascht. Die Juso kämpften an Parteiversammlungen auf verlorenem Posten für ihre Vorlage. Die Regierung erklärte einen Teil als ungültig – und empfahl den Rest zur Ablehnung; sie hielt es für verfassungswidrig, dass Personen und Parteien von einer Wahl ausgeschlossen werden können. Deshalb werden Verstösse mit Bussen geahndet – ob sie hoch genug sind, um Wirkung zu erzielen, entscheidet das Parlament im Ausführungsgesetz. Auch in Freiburg wurde die Initiative von Regierung und Parlament abgelehnt.

Überraschend waren die Erfolge in Freiburg und Schwyz auch, weil die Jungsozialisten zuvor im Aargau und in Baselland mit ähnlichen Initiativen gescheitert waren. Mehr oder weniger griffige Regelungen für die Finanzierung von Parteien oder Kampagnen existieren heute bereits in den Kantonen Tessin, Genf und Neuenburg.

«Die Bevölkerung ist durch die vielen Politkampagnen sensibilisiert», sagt SP-Nationalrätin Nadine Masshardt. Erhebungen hätten gezeigt, dass Abstimmungs- und Wahlkampagnen fast von Jahr zu Jahr grösser und entsprechend teurer würden – und man frage sich, wer wohl dahinterstecke. «Die Bevölkerung hat das Recht, zu wissen, wer Kandidaten oder Kampagnen unterstützt. Das sind wir unserer Demokratie schuldig», sagt Nadine Masshardt.

Auch national ein Thema

Masshardt hat mit Mitstreitern letzten Herbst eine nationale Transparenz-Initiative eingereicht. Getragen wird sie von einer Allianz von SP, Grünen, EVP, BDP, Piratenpartei und Jungparteien. Ihre Initiative fokussiert jedoch nur auf die Finanzierung von Parteien sowie Wahl- und Abstimmungskampagnen und verlangt nicht wie manche in den Kantonen, dass Parlamentsmitglieder offenlegen müssen, wie viel Geld sie aus Mandaten erhalten. Der Bundesrat lehnt die Initiative ab und will auch keinen Gegenvorschlag unterbreiten. Und dies, obwohl Greco, das Anti-Korruptions-Organ des Europarats, die Schweiz mehrmals gerügt hat, weil sie das letzte Land Europas ist, das kein Gesetz zur Parteienfinanzierung erlassen hat. Zurzeit arbeitet der Bundesrat eine Botschaft zuhanden des Parlaments aus.

SVP-Nationalrat Gregor Rutz, der sich als Mitglied der Staatspolitischen Kommission mit der Initiative befassen wird, findet diese problematisch. Von der Sache her sei sie zwar irrelevant, weil sie einfach umgangen werden könne, etwa indem Spender den Parteien das Geld über Drittorganisationen wie Stiftungen zukommen lassen. Solche Offenlegungspflichten würden aber private Spender und Unternehmen vergraulen; in letzter Konsequenz müsse der Staat einspringen, ein Berufsparlament sei die Folge.

Politologe Andreas Ladner schliesst nicht aus, dass die Initiative Chancen hat. Transparenz sei ein positiv besetzter Wert, in der politischen Kultur der Schweiz ohnehin: «Man will sehen, was die Politiker machen, und findet, dass der Staat nichts verheimlichen darf.» Diese Haltung werde durch jede Meldung über vernachlässigte Aufsichtspflichten und hinterzogene Steuern noch bestärkt.

Parlamentarier untersuchen Polizistenreise nach Moskau